

Informationen gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) aufgrund der Verarbeitung personenbezogener Daten

In Zusammenhang mit den hier durchgeführten Verfahren nach dem NS-Verfolgtenentschädigungsgesetz (NS-VEntschG), § 8 Entschädigungsgesetz (EntschG) sowie den Rückforderungsverfahren nach dem Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG) werden im Referat C 2/C 3 der Abteilung B/C personenbezogene Daten verarbeitet.

Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist:

Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV)

Anschrift: DGZ-Ring 12, 13086 Berlin

Telefon: (030) 187030 – 0

E-Mail-Adresse: poststelle@badv.bund.de

2. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten:

behördlicher Datenschutzbeauftragter des BADV

E-Mail-Adresse: datenschutz@badv.bund.de

3. Zweck/e der Verarbeitung

Das Referat C 2/C 3 ist zuständig für die Durchführung der Entschädigungsverfahren nach dem NS-VEntschG und für die Vorbereitung und Durchführung der Auszahlungen in Entschädigungsverfahren des Bundesausgleichsamtes (BAA) nach § 8 EntschG.

Des Weiteren ist das Referat C 2/C 3 zuständig für die Auskunftserteilung für vermögensrechtliche und wissenschaftliche Zwecke sowie persönliche Belange der Betroffenen aus den hier verwahrten Akten, insbesondere zu den Verfahren nach dem Bundesrückerstattungsgesetz, und für die Rückforderung von gezahlten Entschädigungen aus Verfahren zum Bundesrückerstattungsgesetz für entzogene Kunstwerke.

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Artikel 6 Absatz 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

5. Art und Herkunft der Daten

Es werden personenbezogene Daten verarbeitet, die selbst von Ihnen übermittelt worden sind. Zudem verarbeitet das o.g. Referat personenbezogene Daten, die es zulässigerweise von anderen Behörden, Institutionen und Archiven im Rahmen der Amtshilfe gem. § 27 Vermögensgesetz (VermG) erhalten hat. Hierzu gehören auch Auskünfte aus Archiven (z.B.

Bundesarchiv, Landesarchiv Berlin, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Stadt-, Kommunal- und Kreisarchive), Einwohnermeldeämter (bei unbekannter Adresse der betroffenen Person), Grundbuch- und Katasterämter.

Personenbezogene Daten werden zudem auch aus öffentlich zugänglichen Datenbanken (z.B. Yad Vashem) erhoben und verarbeitet.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten

Im Zuge der Wahrnehmung der Aufgaben werden Daten für Abfragen bzw. Recherchen ggf. an folgende Stellen

innerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung weitergegeben:

- Ausgleichsverwaltung (vgl. § 27 Abs. 2 VermG)
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (vgl. § 27 Abs. 4 VermG)
- Finanzbehörden (vgl. § 1 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden und andere Behörden und öffentliche Rundfunkanstalten)
- Bundeskasse
- Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund)
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)
- Bundesministerium der Finanzen (BMF)
- Bundesrechnungshof (BRH)
- Bundesarchiv
- Landesarchive

sowie außerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung:

- Jewish Claims Conference (JCC)
- Israelisches Finanzministerium
- Gerichte (im Rechtsmittelverfahren)
- öffentlich zugängliche Datenbanken (USHMM, Yad Vashem, Pamjat Naroda).

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden sowohl in Akten als auch in automatisierten Dateien gespeichert.

Die personenbezogenen Daten werden nur solange gespeichert, wie es für die Erfüllung der Aufgabe erforderlich ist. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen sind die Verfahrensakten gemäß (§ 5 Abs. 1 und 2 Bundesarchivgesetz (BArchG) grundsätzlich dem Bundesarchiv zur Verwahrung anzubieten und ggf. zu übergeben. Ansonsten werden die Verfahrensakten ausgesondert und unter Wahrung des Datenschutzes vernichtet. Die elektronisch gespeicherten Daten werden analog dazu gelöscht.

8. Ihre Rechte bezüglich der Verarbeitung personenbezogener Daten

Sie haben hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten folgende Rechte:

- auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO).

Ihnen steht zudem ein Beschwerderecht bei einer datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu.